



# ARMUT UND AUS- ZUGREN- ZUNG

**Betroffene  
zeigen ihre Sicht**

## Perspektivenwechsel!

„Es fragt keiner, wie du zurande kommst. Du hast das so hinzunehmen“

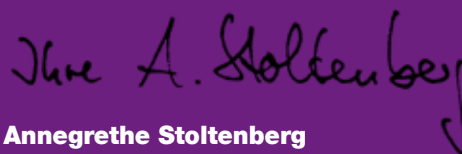
Viel ist dieser Tage von Armut die Rede, aber wie in der Vergangenheit auch ist die öffentliche Armutsdiskussion vor allen Dingen ein Diskurs über die von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen. Selten ist es eine Diskussion mit ihnen, auf gleicher Augenhöhe. Diese Perspektive von außen, von oben hat Konsequenzen: Die Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung bewegt sich zwischen Schönreden, Distanziertheit, Diskriminierung oder Skandalisierung der Lebenssituation einzelner Menschen. Besonders deutlich tritt diese Distanz zu Tage in den immer wiederkehrenden Diskussionen über den so genannten Missbrauch von Sozialleistungen oder in moralisch abwertenden Äußerungen über Menschen, die zu den unteren Einkommenschichten der Bevölkerung gehören. Armut und soziale Ausgrenzung gelten inzwischen immer weniger als gesellschaftliche Strukturprobleme, sondern werden den Betroffenen selbst angelastet: Soziale Ungleichheit gilt als Folge individuellen Versagens und Unvermögens.

Ein Perspektivenwechsel ist bitter nötig, und das Projekt „Armut und Ausgrenzung – Betroffene zeigen ihre Sicht“ wechselt die Perspektive. Mit diesem Projekt hat sich das Diakonische Werk Hamburg am Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung 2010 beteiligt. Diesmal stehen die Betroffenen selbst, ihre Erfahrungen, ihr alltägliches Leben

und ihre Erzählungen darüber im Mittelpunkt. Das Projekt macht deutlich, welche Erfahrungen wir in der Diakonie vor Ort in den verschiedenen Feldern der sozialen Arbeit und in der kirchengemeindlichen Praxis machen. Und es sind nicht zuletzt diese Erfahrungen und Perspektiven, aus denen wir Maßstäbe für die Entwicklung diakonischer Forderungen und für eine Praxis gegen Armut und soziale Ausgrenzung gewinnen.

Unser Wunsch und Ziel ist es, dass die Sicht von Betroffenen noch stärker als bisher in sozialpolitische, sozialpädagogische und zivilgesellschaftliche Aktivitäten eingeht. Von daher hoffen wir, dass die hier dokumentierten Ergebnisse auf einen fruchtbaren Boden fallen.

Wir möchten uns ganz besonders herzlich bei den Sozialwissenschaftlerinnen Kathrin Englert, Natalie Grimm und Ariadne Sondermann und bei allen bedanken, die an den Werkstattgesprächen teilgenommen haben. Ohne sie wäre das Projekt nie lebendig geworden.



**Annegrethe Stoltenberg**

Landespastorin  
und Leiterin des Diakonischen Werkes Hamburg

## Geschichte, Ziele und Ablauf des Projektes

Mit dem Projekt „Armut und Ausgrenzung – Betroffene zeigen ihre Sicht“ hatte sich das Diakonische Werk Hamburg in Kooperation mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung für eine Förderung im Rahmen des Europäischen Jahres 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung beworben. Obwohl der Antrag ist vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales abgelehnt worden ist, haben die Beteiligten das Projekt umgesetzt. Die Finanzierung konnte über Mittel der Diakonie, des Hamburger Instituts für Sozialforschung, der Evangelischen Akademie der Nordelbischen Kirche und nicht zuletzt der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt gesichert werden.

Das Projekt ist in der Lage, die Öffentlichkeit für die Sichtweise der betroffenen Menschen zu sensibilisieren und eine differenzierte, weniger diskriminierende Wahrnehmung ihres Alltags in der medialen Öffentlichkeit zu fördern. Die Ergebnisse des Projekts schärfen das öffentliche Bewusstsein über die vorhandenen Risiken sozialer Ausgrenzung und ihre Ursachen und Auswirkungen. Die formulierten Erfahrungen und Forderungen der Betroffenen werden in den sozialpolitischen Diskurs in Hamburg eingebracht. Verbände, politische Parteien und politische Entscheidungsträger sowie die für Grundsicherungsleistungen zuständigen Behörden werden mit der Perspektive der Betroffenen konfrontiert und sind aufgefordert, diese bei ihren politischen Gestaltungsvorschlägen zu berücksichtigen. Die sozialpolitischen Forderungen der Diakonie greifen Elemente dieser Perspektive auf, wenn ein Regelsatz deutlich über 400 €, eine weitgehend kostenlose Infrastruktur für Soziales, Bildung, Kultur und Mobilität in der Stadt gefordert werden. Auch die Forderung nach existenzsichernder, sozialversicherungspflichtiger öffentlich geförderter Arbeit schließt an die Perspektive an. Eine Baustelle mit besonderen Herausforderungen stellt die gesetzliche Rahmung der Grundsicherungsleistungen unter der Maxime der Aktivierung und des Forderns sowie die damit verbundene Verwaltungspraxis dar. Hier setzt die Diakonie auf die Stärkung der Position der Menschen in Armutslagen als Bürgerinnen und Bürger mit sozialstaatlich garantierten Rechtsansprüchen, die sie sich nicht erst verdienen müssen.

Das Projekt gab auch Impulse für die Öffentlichkeitsarbeit des Diakonischen Werkes Hamburg. Sowohl im Jahresbericht als auch in der Kampagne „Alle an Bord“ greift die Diakonie Armut und Ausgrenzung aus der Perspektive von betroffenen Menschen auf.

Wesentlicher Baustein des Projektes waren die Werkstattgespräche, in denen die Beteiligten ihre Sicht darstellen konnten. Die Werkstattgespräche wurden von den Sozialwissenschaftlerinnen Kathrin Englert, Natalie Grimm und Ariadne Sondermann auf Basis eines Gesprächsleitfadens durchgeführt. Die Themen der Werkstattgespräche waren Alltagsbewältigung

(Finanzielle Situation, Familie, soziale Netzwerke und Stadtteil), Erfahrungen mit Institutionen, Wünsche und Vorschläge zur Veränderung der Situation sowie die eigene soziale Verortung in der Gesellschaft. Über die Beteiligung am Werkstattgespräch hinaus gab es noch die Möglichkeit, Forderungen an Politik und Behörden zu entwickeln und in der Abschlussveranstaltung vorzustellen. Auch die Erarbeitung einer Ausstellung oder eines anderen künstlerischen Produkts zur Darstellung der eigenen Perspektive war eine weitere mögliche Aktivität.

Der Ablauf des Projektes vollzog sich in folgenden Schritten: Ende März wurde das Vorhaben Vertreterinnen und Vertretern von Erwerbsloseninitiativen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von sozialen Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege vorgestellt. Dabei lag ein Flyer „InterviewpartnerInnen gesucht“ vor, mit dem Interessierte angesprochen werden konnten. Die Beteiligten waren so in der Lage, in ihren Arbeits- und Initiativzusammenhängen über das Projekt zu informieren. Gleichzeitig wurden die Flyer in Jobcentern und Grundsicherungsämtern ausgelegt.

Bis Ende April hatten sich 38 Personen gemeldet, die an den Werkstattgesprächen teilnehmen wollten.

Von Mai bis Juni wurden 5 vierstündige Werkstattgespräche in Harburg, Iserbrook, Schnelsen, Dulsberg und Steilshoop durchgeführt, an denen sich 35 Personen beteiligt haben.

Im Juni 2010 beteiligten sich 10 Personen aus dem Projekt an Aktivitäten im Rahmen der Fokuswoche der Nationalen Armutskonferenz zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Berlin. Zu diesen Aktivitäten gehörte unter anderem eine Konferenz „5 Jahre Hartz IV“ und das 5. bundesweite Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen. Die Ergebnisse der Werkstattgespräche wurden schließlich dokumentiert und in zwei Nachfolgetreffen, an denen ein gutes Drittel der Beteiligten teilgenommen hat, wurden Forderungen formuliert und die Abschlussveranstaltung vorbereitet.

Aus dem Kreis der Beteiligten bildete sich auch eine Gruppe, die an einer künstlerischen Verarbeitung ihrer Perspektive arbeitet. In der Abschlussveranstaltung am 6. Dezember 2010 wurden die Ergebnisse und Forderungen aus den Werkstattgesprächen von Beteiligten vorgestellt. Vertreter und Vertreterinnen der Bürgerchaftsfraktionen, der Stadt, der Arbeitsverwaltung, von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Erwerbsloseninitiativen konnten dazu Stellung nehmen.

### Wolfgang Völker

Referent Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung  
im Diakonischen Werk Hamburg

**Kathrin Englert ■ Natalie Grimm ■ Ariadne Sondermann**

## **„Man hat keine Rechtssicherheit, etwas ganz Fundamentales ist da verloren gegangen, wenn man durch die Netze durchgefallen ist“**

Ergebnisbericht des Projekts: Armut und Ausgrenzung – Betroffene zeigen ihre Sicht

### **Thema Armut**

„Das macht einen kaputt, immer die finanziellen Sorgen“

Leben in Armut bedeutet nicht nur Verzicht und eingeschränkte Teilhabe, sondern die alltägliche Herausforderung, mit geringsten Mitteln die eigene Existenz zu sichern, „damit man zumindest etwas überleben kann“.

*„Kultur? Völliger Verzicht, Kultur, für mich. [...] Also da kann ich nichts ausgeben, weil ich muss was essen und ich muss was anziehen können und Schuhe. [...] Wissen Sie, was eine Eintrittskarte kostet ins Kino? [...] Ich weiß gar nicht, wie ein Kino von innen aussieht. [...] Auch Fahrgelder. Ich fahre in der gesamten Stadt alles nur mit dem Fahrrad, wenn ich wohin muss.“*  
(Teilnehmer mit niedriger Rente, 73 Jahre)

Die Höhe des Arbeitslosengelds II sowie der Grundsicherung im Alter wird von allen Teilnehmer/innen als unzureichend wahrgenommen. Selbst eine Existenzsicherung auf minimalem Niveau kann kaum bestritten werden, dazu müssen sie sich schon als „Lebenskünstler/innen“ erweisen. Alle sprechen von der Erfahrung, jeden Tag dazu herausgefordert zu sein, Sparmöglichkeiten oder Angebote zu finden und sich bei all dem nicht „unterkriegen“ zu lassen. Denn trotz aller entwickelten Handlungsstrategien bedeuten die finanziellen Einschränkungen eine permanente Belastung:

*„Ich bete jeden Tag, dass mir die Waschmaschine nicht kaputt geht, der Kühlschrank nicht kaputt geht, der Fernseher nicht kaputt geht, die Stereoanlage nicht kaputt geht. Wenn eins davon kaputt geht, was machst du dann? Meistens ist es so, dass dann gleich hinterher noch was kaputt geht. Was macht man dann? Oder der Herd?“* (Teilnehmer mit niedriger Rente, 73 Jahre)

Doch nicht nur einmalige große Anschaffungen bereiten Grund zur Sorge. Alle Teilnehmer/innen berichten von der Erfahrung, mit dem Geld kaum notwendige Dinge wie Kleidung oder frische Lebensmittel anschaffen zu können. Hier variieren die Handlungsstrategien zwischen Tafeln, Billigkaufhäusern mit Second-Hand-Ware und Discountern.

**„ICH BETE JEDEN TAG,  
DASS MIR DIE  
WASCHMASCHINE  
NICHT KAPUTT GEHT,  
DER KÜHLSCHRANK NICHT  
DER FERNSEHER NICHT  
DIE STEREOANLAGE NICHT  
KAPUTT GEHT  
WENN EINS DAVON KAPUTT GEHT,  
WAS MACHST DU DANN?  
MEISTENS IST ES SO, DASS DANN GLEICH  
HINTERHER NOCH WAS KAPUTT GEHT.  
WAS MACHT MAN DANN?  
ODER DER HERD?“**

„Also ich fahre unheimlich weit einkaufen, wo es billig ist. Führe Preislisten, vergleiche ich immer, und das mache ich, aber ich verliere sehr viel Zeit dadurch.“ (Teilnehmerin mit Grundsicherung im Alter, 65 Jahre)

Als besonders belastende Unfreiheiten in der Lebensgestaltung werden in allen Werkstattgesprächen die eingeschränkte Mobilität, die fehlende kulturelle Teilhabe an Kino, Theater, Museen oder Bildungsangeboten sowie mangelnde Sportmöglichkeiten und unzureichende Verfügbarkeit von Computern und Internet genannt. Zudem fällt es aufgrund der finanziellen Situation schwer, an Formen der Geselligkeit wie Grillen oder „mal einen Kaffee trinken gehen“ teilzunehmen und darüber sozial integriert zu bleiben.

„Wenn du kein Geld hast, wenn du keine Beziehungen hast, dann bist du außen vor, dann ist Feierabend.“  
(Alleinerziehende Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 41 Jahre)

Damit bestätigen unsere Werkstattgespräche Ergebnisse anderer Studien, die für eine Erhöhung der Regelsätze plädieren. Verstärkt kommt in teuren Großstädten wie Hamburg mit hohen Mietpreisen hinzu, dass häufig nicht der offizielle Regelsatz von 359 Euro zur Verfügung steht.

„Die Menschen wissen nicht, wovon wir wirklich leben, die wissen nicht, was da alles abgeht. [...] Mir bleiben 190 Euro für's Leben.“  
(Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 63 Jahre)

Gründe, die dafür genannt werden, weniger als den Regelsatz zum Leben zu haben, sind nötige Zuzahlungen zur Miete oder Darlehen von der ARGE beispielsweise aufgrund von Schulden bei Stromanbietern, die nun in Raten abbezahlt werden müssen. Zudem haben relativ viele der Teilnehmer/innen bereits Erfahrungen mit Sanktionen oder nicht korrekten Leistungskürzungen seitens der ARGE gemacht, durch die ihnen bis zur gerichtlichen Klärung Phasen mit extremen Existenzängsten zugemutet wurden. Insofern bedeutet die reale Armut teilweise eine andere und größere Not, als ‚nur‘ von den ohnehin sehr geringen Regelsätzen leben zu müssen.

„Seit Herbst 2005 habe ich in meiner Wohnung hier in Barmbek keinen Strom mehr. Ich habe also kein warmes Wasser. Ich kann also meinen Kühlschrank nicht benutzen, um mir eben preisgünstig Lebensmittel zu kaufen, ich kann meine Waschmaschine nicht benutzen, ich kann meinen Staubsauger nicht benutzen. Und die ARGE lacht mich aus. Und fordert von mir, dass ich meine Wohnung aufgebe, es sind zwei Zimmer, 52 qm, 2 qm zu groß. Ich muss also raus aus der Wohnung.“  
(Teilnehmer im ALG II-Bezug, 57 Jahre)

„Warum gehst Du nicht auch mit mir schwimmen?“

Besonders prekär ist die Situation für erwerbslose Eltern und Alleinerziehende: Die materiellen Probleme sind Anlass zu großer Sorge um die Kinder sowohl in Bezug auf gegenwärtige Teilhabemöglichkeiten als auch in Hinsicht auf deren berufliche Zukunft. Unsere Werkstattgespräche widerlegen somit den medienwirksamen Diskurs, Kinder erwerbsloser und gering qualifizierter Eltern liefen Gefahr, ihren Anteil an Leistungen vorenthalten zu bekommen. Denn das Gegenteil ist der Fall: Zugunsten der Kinder wird meist in starkem Maße selbst verzichtet.

„ALSO ICH MUSS  
**VERZICHTEN,**  
DAMIT ES DEM **KIND GUT**  
**GEHT.**“

ALSO DAS SIND SO GANZ  
BANALE  
**DINGE.**

ODER DAS KIND WILL INS KINO GEHEN,  
DAS **KIND**  
**KANN**  
INS KINO GEHEN,  
ABER ICH BLEIBE ZU HAUSE UND  
**VERZICHTE.**

„Also ich muss verzichten, damit es dem Kind gut geht. [...] Also das sind so ganz banale Dinge. Oder das Kind will ins Kino gehen. Das Kind kann ins Kino gehen, aber ich bleibe zu Hause und verzichte.“  
(Alleinerziehende Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 41 Jahre)

Doch trotz dieses Verzichts zeigt sich, dass es kaum möglich ist, die eigenen Kinder angemessen materiell, sozial und kulturell teilhaben zu lassen. In schwierigen Zeiten reicht es kaum für „ein Eis“ und die Vorstellung, zur „Buh-Mama“ zu werden, wird zu einer psychischen Belastung.

„Ich bin in ein tiefes Loch gefallen, weil als Mutter tut das halt weh, wenn dein Kind dann sagt ‚ich habe Durst‘ und man hat nicht mal 50 Cent, um mal ne Flasche Wasser zu kaufen.“ (Alleinerziehende Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 30 J.)

Freizeitaktivitäten wie der Besuch eines Schwimmbades oder die Mitgliedschaft in einem Sportverein sind ebenso wie Taschengeld für Klassenfahrten kaum finanzierbar.

*„Kinder haben auch ein Recht auf Spielen, auf irgendwelche Aktivitäten, und da muss man immer darauf achten, was kostet nichts?“  
(Alleinerziehende Teilnehmerin im aufstockenden ALG I-Bezug, 34 Jahre)*

Die Sorge, die eigenen Kinder könnten durch Sätze wie „Du hast deine Sachen doch vom Flohmarkt“ zu Opfern von Stigmatisierung werden, ist ein ständiger Begleiter. Zudem soll gerade die zukünftige Ausgrenzung der Kinder verhindert werden: Gute schulische Leistungen bedeuten hier eine Erleichterung, Probleme in diesem Bereich hingegen eine Krise, denn die Teilnehmer/innen sehen dadurch die erhoffte bessere Zukunft ihrer Kinder in Gefahr. Gering qualifizierte erwerbslose Eltern stehen dabei vor einer ‚doppelten Grenze‘: Sie selbst können kaum unterstützend intervenieren und haben gleichzeitig nicht die Mittel, um ihren Kindern Bildungsangebote wie individuelle Nachhilfe zu finanzieren.

*„Kein Kind wird dumm geboren, sondern dumm gemacht. Und kein Kind sagt von sich aus, ‚Ich bin wer. Ich kann alles‘. Doch die Kinder sollen was werden und brauchen Hilfe und Förderung.“  
(Alleinerziehende Teilnehmerin im aufstockenden ALG I-Bezug, 34 Jahre)*

Die offensichtliche Armut wird zudem als Gefahr für die Motivation der Kinder betrachtet, suggeriert sie doch eine Perspektivlosigkeit für das eigene Leben: Ausgrenzung in der Schule, aber auch die tägliche Erfahrung, dass die eigenen Eltern kaum dazu in der Lage sind, die Familie ohne fremde Hilfe zu versorgen, können bei den Kindern zu dem Eindruck führen, die ‚Arbeit an der eigenen Zukunft‘ sei sinnlos.

*„Und dann hab ich ja auch noch die Vorbildwirkung für das Kind. Also ich kann nicht hier irgendwie-. Also wir haben schon Grundsatzdiskussionen, ob sie eben lernen soll oder nicht, weil ‚Du hast es ja auch zu nichts gebracht‘.“  
(Alleinerziehende Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 41 Jahre)*

Insofern zeigen unsere Werkstattgespräche, dass es weniger elterliche Vernachlässigung oder bildungsferne Erziehung sind als die eklatanten materiellen Einschränkungen, die die Teilhabe der Kinder von ALG II-Bezieher/innen gefährden. Anders formuliert bedeutet dies: Ein höherer Regelsatz, über den nach wie vor die Eltern verfügen können, wäre ein entscheidender Schritt, um von der Sorge um die eigenen Kinder zu entlasten.

## „Ich habe jetzt endgültig gemerkt, der Zug ist abgefahren“

Die Angst vor der Armut im Alter wird in den Werkstattgesprächen häufig angesprochen, insbesondere von den Personen, die über 55 Jahre alt sind. Für sie steht weniger die Frage im Mittelpunkt, ob und wie ihnen noch ein ‚Aufstieg‘ gelingen könnte, sondern die Sorge, dass sie mit ihren geringen finanziellen Mitteln spezifische Probleme des Alters eventuell nicht bewältigen könnten. Dabei geht es nicht so sehr um das ‚große‘ Thema der Pflegebedürftigkeit, sondern vielmehr um zusätzliche Ausgaben für Medikamente, Zahnersatz, eine neue Brille oder für spezielle Lebensmittel bei chronischen Erkrankungen wie Diabetes. Diese Ausgaben erscheinen aus einer häufig schon länger durch Armut geprägten Lebenssituation heraus als nicht finanzierbar. Teilweise beruhen diese Ängste auch auf konkreten Erfahrungen mit der Krankenkasse, die bestimmte Leistungen, die mit dem Alter verstärkt anfallen werden, nicht (mehr) übernimmt.

Obwohl mit dem Eintritt in die Rente bzw. Grundsicherung im Alter auch Verbesserungen wie beispielsweise Vergünstigungen im Nahverkehr oder eine geringe Anhebung der monatlichen Bezüge erwartet werden, überwiegt insgesamt die Angst vor verstärkter Armut im Alter. Dazu kommt auch die Sorge, finanziell von erwachsenen und berufstätigen Kindern abhängig zu werden. In der Lebensphase des Alters ohne jegliche Rücklagen ‚dazustehen‘ und nur geringe Chancen zu haben,

**„WEIL ICH JETZT GEMERKT HABE  
ENDGÜLTIG,  
DER ZUG IST ABGEFAHREN,  
GUT, ICH HABE VERSUCHT  
MICH DA WIEDER  
RAUSZURAPPELN  
IRGENDWIE,  
DASS MAN NUR SO ALS EMPFÄNGER VON  
SOZIALLEISTUNGEN SEIN LEBEN  
GEFRISTET HAT UND VOR ALLEM DIE  
SCHRECKENSVISION  
JA WEITER FRISTEN WIRD,  
UND DAS GELD IST KNAPP.  
DA KRIEGT MAN NUR ALBTRÄUME,  
WIE DAS ALLES HINKRIEGEN.“**

noch einen Mini-Job zu finden, bedeutet aus der Sicht der Teilnehmer/innen auch, endgültig aus der ‚normalen Welt‘ herauszufallen und sich mit der eigenen Perspektivlosigkeit und Dauerarmut konfrontiert zu sehen.

*„Weil ich jetzt gemerkt habe endgültig, der Zug ist abgefahren, gut, ich hab versucht, mich da wieder rauszurappeln irgendwie, dass man nur so als Empfänger von Sozialleistungen sein Leben gefristet hat und vor allem die Schreckensvision ja weiter fristen wird, und das Geld ist knapp. [...] Da kriegt man nur Alpträume, wie das alles hinkriegen.“  
(Teilnehmerin im Übergang zur Grundsicherung im Alter, 65 Jahre)*

Insofern überwiegen die belastenden Momente, auch wenn der Status als Rentner/in sozial anerkannt und nicht mit dem Stigma der Erwerbslosigkeit behaftet ist, so dass er zu einer positiveren Außenwahrnehmung verhelfen kann. Bis zu einem gewissen Grad entlastend wirkt auch die Wahrnehmung der Rente als „Nische“: Die älteren Teilnehmer/innen sehen einen Vorteil ihrer Lebensphase darin, nicht mehr zu den Adressat/innen zu zählen, an die man sich mit dem ‚Fördern und Fordern‘ richtet.

### Forderungen der Teilnehmer/innen

- Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro
- Kosten für Sport, Technikausstattung und Internetanschluss in den Regelsatz zusätzlich aufnehmen
- Keine Anrechnung von Geld-Geschenken
- Auszahlung des vollen Regelsatzes an von Migration und Armut betroffene so genannte Asylbewerber (Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes)
- Übernahme der Kosten für Zahnersatz, Hörgeräte und Brille
- Abschaffung der Praxisgebühren
- Erhöhung des Regelsatzes für Kinder
- Keine Anrechnung des Kindergelds oder des Verdienstes von Kindern auf den Regelsatz
- Ermöglichung von Sportaktivitäten
- Keine Verteilung von Gutscheinen
- Mehr Förderung für Kinder aus sozial und finanziell schwachen Familien, z.B. durch speziell ausgebildetes Personal an Schulen in sozialen Brennpunktstadtteilen
- Kostenlose Nachhilfeangebote
- Kindergerechte Erklärungen zum Thema Armut
- Bessere öffentliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten

## Thema: Arbeitsverwaltung

„Du bist rechtlos und unmündig“

Neben der Armut sind es gerade auch die konkreten Erfahrungen mit den Fachkräften der ARGE/JobCenter, die die Lebenssituation in ganz grundsätzlicher Weise erschweren. Die Arbeitsverwaltung wird von den Teilnehmer/innen meist als GegenspielerIn, nicht aber als eine hilfreiche Instanz wahrgenommen. Dies spiegelt sich schon sehr eindrücklich in der Wortwahl wider: Es wird beispielsweise von „Panik“, gesprochen, die bereits beim Betreten des Gebäudes empfunden wird, und einige Teilnehmer/innen wünschen sich im Umgang mit erwerbslosen Klient/innen „mehr Menschlichkeit“, die sie selbst bisher kaum seitens der Mitarbeiter/innen erfahren haben. Nahezu alle Teilnehmer/innen fühlen sich den SGB II-Institutionen mehr oder weniger ausgeliefert.

**„DAS IST EIN  
GENERELLES  
PROBLEM.  
WENN DIE FEHLER MACHEN,  
KOMMT KEINE  
ENTSCULDIGUNG.  
WENN VON UNS MAL  
EIN FEHLER PASSIERT IST, DANN WIRD GLEICH  
MIT IRGENDWELCHEN  
KONSEQUENZEN GEDROHT.  
ALSO DAS, FINDE ICH, IST MANCHMAL KRASS.“**

„Man muss sich gut informieren, das ist das Aller-erste, die machen es nicht“

Die Teilnehmer/innen nehmen eine grundsätzliche Rechtsunsicherheit bei ihren Kontakten zur ARGE wahr. Diese Rechtsunsicherheit beziehen sie nicht nur auf die Ebene der Gespräche mit ihren jeweiligen Berater/innen. Auch auf der formal-bürokratischen Ebene, also beim Verschicken oder Einreichen von Formularen und Anträgen, fühlen sie sich als Klient/innen bereits in einer äußerst unsicheren Position. Beklagt wird hier, dass die Beweislast allein bei ihnen liegt, während ein Versäumnis der Arbeitsverwaltung meist geleugnet wird:

„Das ist ein generelles Problem. Wenn die Fehler machen, kommt keine Entschuldigung. Wenn von uns mal ein Fehler passiert ist, dann wird gleich mit irgendwelchen Konsequenzen gedroht. Also das, finde ich, ist manchmal krass.“ (Teilnehmer im ALG II-Bezug, 21 Jahre)

Diese grundsätzliche Asymmetrie wird noch dadurch verstärkt, dass ihnen, wenn überhaupt, nur auf Nachfragen Empfangsbestätigungen ausgehändigt werden. Aus Sicht der Teilnehmer/innen bedeutet das: Selbst wenn sie alles ‚richtig‘ machen, können sie sich nicht auf eine Rechtssicherheit verlassen. Vielmehr wird berichtet, dass das eigene Interesse daran, sich (mit Stempel, Kopie oder Bestätigung) abzusichern, oftmals auf Unverständnis oder Widerwillen bei den Mitarbeiter/innen der ARGE n stößt. Insofern bietet bereits der eigentlich klar geregelte bürokratische Austausch für Erwerbslose kein verlässliches Terrain. Das ist schon deshalb belastend, weil ihr Alltag als Leistungsbezieher/innen stark von bürokratischen Pflichten bestimmt ist. Sie müssen regelmäßig Nachweise (über mögliche Nebeneinkünfte, Mieterhöhungen u.a.) einreichen und zudem ihr ALG II immer wieder neu beantragen. Darüber hinaus sind sie existenziell davon abhängig, dass die formale Ebene in ihrem Sinne funktioniert: Vermeintlich harmlose Fehler haben für sie keineswegs harmlose Konsequenzen. Verzögerungen bei der Leistungsbewilligung oder eine falsche Berechnung der Leistungshöhe führen aufgrund fehlender finanzieller Rücklagen schnell zu akuten, existenziellen Notlagen.

Doch Rechtsunsicherheit wird auch auf die konkreten Interaktionen bezogen. Übereinstimmend wird der Eindruck geschildert, dass die Mitarbeiter/innen der ARGE nicht über mögliche Leistungen oder Rechte informieren. Eine Teilnehmerin bringt dieses Missverhältnis zwischen gesetzlichem Rahmen und der Auslegung durch die Fachkräfte vor Ort prägnant auf den Punkt:

„Es gibt bestimmt noch mehr Rechte, die wir haben, von denen wir keine Ahnung haben und das ist einfach ne Unverschämtheit. [...] Also das, was uns zusteht, sollen sie uns freiwillig zahlen.“ (Teilnehmerin in 58er-Regelung, 63 Jahre)

Vermutet wird zum einen, dass die Mitarbeiter/innen unter einem Erfolgsdruck stehen und Kosten reduzieren oder Klient/innen zu Maßnahmen drängen müssen, um den Vorgaben ihrer Institution gerecht zu werden. Die eigene Ohnmacht wird also auch als Ergebnis einer kaum einsehbaren und insofern intransparent bleibenden Hierarchie innerhalb der ARGE gesehen. Zum anderen wird von den Teilnehmer/innen aber auch

„UND SELBST ICH WERDE MERKWÜRDIG BEHANDELT.“

ICH GEHE ABER MANCHMAL MIT MEINEN TÖCHTERN MIT, EINFACH WEIL ICH ES BESSER FINDE, WENN NOCH EINE ZWEITE PERSON ZUHÖRT.“

individuelle Willkür – das Nutzen von Handlungsspielräumen der Fachkräfte – als Ursache für die wahrgenommene Rechtsunsicherheit gesehen. Persönliche Vorbehalte der ARGE-Mitarbeiter/innen führen nach Ansicht der Teilnehmer/innen zu einer negativeren Behandlung bei den Behörden. Gerade offensive Nachfragen oder Kritik sind verantwortlich dafür, im Anschluss schlechter behandelt zu werden („Wer sich wehrt, macht sich unbeliebt“). In diesem Kontext werden auch negative Einträge in der Akte thematisiert, die über sie geführt wird, ohne dass sie selbst Einfluss auf den Inhalt nehmen können. Selbst bei einem Wechsel des Vermittlers/der Vermittlerin sind die Teilnehmer/innen auf eine Weise ‚gebrandmarkt‘, die einen wirklichen Neustart unwahrscheinlich werden lässt. Auch ein Migrationshintergrund kann Auslöser für eine negativere Behandlung seitens der ARGE-Mitarbeiter/innen sein. In den Gesprächen werden diesbezüglich deutliche Erfahrungen mit Diskriminierung geschildert. Die Teilnehmer/innen mit Migrationshintergrund sehen sich bei ihren Bemühungen benachteiligt, den Anforderungen der Behörden gerecht zu werden.

„Kaum hören sie, dass man ein bisschen stottert, geht‘ s schon los. ‚Also Sie verstehen ja sowieso nichts.‘ [...] Kaum hören sie das, werden umso mehr Hilfen von ihrer Seite vorenthalten.“ (Teilnehmer im ALG II-Bezug, 21 Jahre)



Auch andere Teilnehmer/innen gehen nicht mehr alleine zu den Terminen bei der ARGE, sondern lassen sich von Familienangehörigen oder Freunden und Bekannten begleiten. Eine solche Notwendigkeit wird keineswegs nur aufgrund möglicher sprachlicher Barrieren gesehen.

*„Und selbst ich werde merkwürdig behandelt. Ich gehe aber manchmal mit meinen Töchtern mit, einfach weil ich es besser finde, wenn noch eine zweite Person zuhört. (Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 53 Jahre)“*

Im Wesentlichen geht es um die von nahezu allen wahrgenommene Rechtsunsicherheit, die durch einen Zeugen/eine Zeugin zumindest etwas kompensiert werden soll. Insofern ist die Kritik an der ARGE grundsätzlicher Natur: Dort wird zunehmend missachtet, dass es sich bei den Klienten/innen um Rechtssubjekte handelt, die sich ihre elementaren und gesetzlich geregelten Ansprüche nicht erst durch besondere Folgebereitschaft und ‚bescheidenes‘ Auftreten verdienen müssen.

**„Das, was mich am meisten stört bei der ARGE, ist ja überhaupt, dass die aussuchen, was wir machen sollen. Was ist denn mit unseren Menschenrechten?“**

Nahezu alle Teilnehmer/innen haben den Wunsch, Arbeit zu finden oder ihre Erwerbschancen (bspw. durch eine Aus- oder Fortbildung) zu verbessern. Anders als oft behauptet wird, teilen sie die Norm, möglichst unabhängig von Transferleistungen zu sein. Zudem haben sie auch keine ‚überhöhten‘ Ansprüche an Arbeit.

*„Keiner von uns sagt, ich will im Krankenhaus 'n Arzt spielen, ich will Chefarzt sein, hat einer von uns so hohe Ansprüche? [...] Wir verlangen ja nicht so viel und dann wollen die uns sagen, sowas gibt's nicht.“*  
(Alleinerziehende Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 30 Jahre)

Es geht bei der Kritik an der ARGE also nicht um den Punkt, grundsätzlich arbeiten zu sollen. Was die Teilnehmer/innen belastet, stört und demotiviert, ist, dass ihre eigenen Wünsche und Interessen kaum einbezogen werden. Es findet beispielsweise keine Förderung statt, wenn es darum geht, eine ‚wirkliche‘ berufliche Zukunft aufzubauen. Längere Weiterbildungen, die tatsächlich Chancen eröffnen könnten, werden kaum bewilligt, stattdessen gibt es Bewerbungstrainings, die oftmals als sinnlos wahrgenommen werden. Die Teilnehmer/innen müssen sich überall bewerben und auch Arbeit bei Anbietern annehmen, die sie als dubios empfinden und die mit ihren Arbeitsbedingungen in besonders negativer Weise den Niedriglohnsektor repräsentieren. In diesem Zusammenhang werden auch die 1€Jobs kritisiert. Wichtig ist in diesem Kontext, dass es wieder-

rum keine fehlende Arbeitsbereitschaft ist, die zu dieser Kritik führt. Recht viele von den Teilnehmer/innen sind grundsätzlich dazu bereit, einen 1€Job anzunehmen: als Übergangslösung, als Möglichkeit, unter Menschen zu sein und sich nützlich zu fühlen, aber auch als Chance, die eigenen Qualifikationen in einem berufsnahen Feld einzubringen. In der tatsächlichen

**„KEINER VON UNS SAGT, ICH WILL IM KRANKENHAUS'N ARZT SPIELEN, ICH WILL CHEFARZT SEIN, HAT EINER VON UNS SO HOHE ANSPRÜCHE? WIR VERLANGEN JA NICHT SO VIEL UND DANN WOLLEN DIE UNS SAGEN, SOWAS GIBT'S NICHT.“**

Zuweisung durch die ARGEn spiegelt sich für sie jedoch der Eindruck von Rechtsunsicherheit und Autonomieverlust besonders prägnant wider. Folgende Fragen, die in den Werkstattgesprächen immer wieder genannt wurden, verdeutlichen dies: Soll ich nur ‚bestraft‘ werden, weil ich mich zuvor dem Vermittler/der Vermittlerin gegenüber kritisch gezeigt habe? Warum wird meine persönliche Situation nicht berücksichtigt, warum muss ich einen 1€Job machen, obwohl ich keine Betreuung für meine Kinder habe? Warum kann ich mir meinen Einsatzort nicht nach meinen beruflichen Qualifikationen aussuchen, sollen mit mir nur Beschäftigungsträger ‚bestückt‘ werden? Vorherrschend ist der Eindruck, dass es hier nicht um eine gezielte Förderung erwerbsloser Klient/innen geht, sondern um andere Interessen: Darum, Zwang auszuüben und reguläre Beschäftigung zugunsten eines ‚Scheinarbeitsmarktes‘ abzubauen, von dem Beschäftigungsträger, aber auch viele kulturelle Einrichtungen in Hamburg profitieren, die sich fast nur noch über 1€Jobber/innen finanzieren.

*Wir sind wie schwanzloses Vieh, das herumgetrieben wird.“*  
(Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 45 Jahre)

„Man soll da unten bleiben, man soll noch nicht mal in die Mitte kommen und oben können wir gleich alles vergessen“

Aus Sicht der Teilnehmer/innen werden sie durch die Praxis des ‚Förderns und Forderns‘ als Bürger/innen ohne Recht auf eine berufliche Zukunft behandelt: Indem seitens der ARGE vor allem eine Existenz im Niedriglohnsektor forciert wird, müssen sie dauerhaft „unten bleiben“. Die ARGE trägt für sie somit

In einem anderen Fall wurde ein Studium von der ARGE als illegitimer Weg betrachtet und nahe gelegt, stattdessen eine Ausbildung zu beginnen, obwohl die guten Berufschancen, die sich mit dem Studiengang eröffnen, nachgewiesen werden konnten.

„Die haben auch gesagt, ich hab gar keine Aussichten mit dem Job, obwohl ich denen auch ne lange Liste gegeben habe, was ich machen werde oder könnte. [...] Dann haben die gesagt ‚ja, dann mach doch ne Ausbildung‘, die bauen da ne Mauer.“ (Teilnehmer im ALG II-Bezug, 21 Jahre)

**„MIT 16 HAT ER EIN ANSCHREIBEN BEKOMMEN, DASS ER SICH IM AMT MELDEN SOLL, ALSO ES WAR DANN NICHT GENUG, DASS DIE ELTERN HARTZ IV-EMPFÄNGER SIND, SONDER ER WAR DANN AUTOMATISCH AUCH LANGZEITARBEITSLOS SOZUSAGEN.“**

wesentlich dazu bei, die bestehende soziale Ungleichheit weiter festzuschreiben. Insbesondere die Angst, dass die eigenen Kinder durch die ARGE an einer ‚besseren Zukunft‘ gehindert werden, wiegt schwer. Diese Sorge beruht auf konkreten Erfahrungen, von denen die Teilnehmer/innen uns berichteten: Reguläre Ausbildungen werden oftmals nicht mehr gefördert, wenn die Klient/innen bereits Anfang 20 sind; zudem findet bei Orientierungsproblemen keine richtige Beratung statt, die jungen Erwachsenen werden eher aufgegeben und „von einem 1€Job in den nächsten geschoben“. Auch Kinder, die noch zur Schule gehen und einen höheren Bildungsabschluss anstreben, müssen bei der ARGE erscheinen.

„Mit 16 hat er ein Anschreiben bekommen, dass er sich im Amt melden soll, also es war dann nicht genug, dass die Eltern Hartz IV-Empfänger sind.“ (Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 45 Jahre)

Die Teilnehmer/innen berichten somit von Erfahrungen, die im öffentlichen Diskurs nicht vorkommen: Während dort der Wert von (höherer) Bildung und gerade auch die Notwendigkeit betont wird, junge Menschen aus sog. ‚bildungsfernen‘ Schichten zu fördern, steht die Arbeitsverwaltung in den Werkstattgesprächen dafür, die Vererbung einer sozialen Lage am unteren Rand der Gesellschaft eher zu fördern.

„Manchmal hab ich wirklich das Gefühl [...] irgendwo sitzen da irgendwelche Leute, die sagen, so, das niedrige Volk da darf bloß nicht nach oben steigen, also deprimiert sie, macht sie kaputt, erlaubt denen gar nichts, und die, die von ihren Rechten nicht wissen, gar nicht erst aufklären. So und jetzt weiterleben.“ (Alleinerziehende Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 30 Jahre)

„Das geht an unsere Nerven, das zerreißt uns, das bringt uns auseinander, und das soll es ja gerade nicht, die Familie soll eigentlich zusammenhalten, geht aber nicht“

Die Forderungen und Entscheidungen der ARGE reichen insgesamt weit in das Leben von Leistungsbezieher/innen hinein. Ein weiteres Beispiel ist die Regelung, dass junge Menschen ohne eigenes Einkommen bis zum 25. Lebensjahr in der elterlichen Bedarfsgemeinschaft leben müssen. Die Werkstattgespräche zeigen deutlich, dass diese rechtliche Regelung zu enormen Belastungen für das familiäre Zusammenleben führen kann. Einige Kinder der Teilnehmer/innen, junge Erwachsene von Anfang 20, erleben ihre eigene Erwerbs- und Perspektivlosigkeit als verstärkt krisenhaft, weil sie – oft auf engem Wohnraum – mit ihren Eltern und jüngeren Geschwistern zusammenleben müssen und nicht über Freiheiten verfügen, die in ihrem Alter eigentlich ‚normal‘ sind. Die Eltern machen sich daher Sorgen, dass ihre Kinder noch weiter demotiviert werden und in eine ‚Abwärtsspirale‘ geraten, aus der sie kaum noch herausfinden. Zusätzlich erleben die Eltern die Situation auch selbst als persönliche Überforderung: Die alltäglichen Streitigkeiten mit ihren heranwachsenden Kindern bringen sie teilweise an den Rand ihrer eigenen Belastbarkeit. Gerade weil im öffentlichen Diskurs auch das ‚unharmonische‘ Zusammenleben in Familien der sog. ‚neuen Unterschicht‘ thematisiert wird, um auf angeblich kulturelle Defizite – das Unvermögen, Konflikte konstruktiv auszutragen – hinzuweisen, sind entsprechende Schilderungen wichtig. Schließlich zeigen sie, dass familiäre Konflikte auch erst durch arbeitsmarktpolitische Regelungen verursacht oder zumindest verstärkt werden können. Anders als in Familien aus der ‚gesellschaftlichen Mitte‘ werden ganz normale Autonomiebedrfnisse junger Erwachsener bei Leistungsbezieher/innen aus dem SGB II missachtet. Im Gegenzug erfahren so Eltern, die ohnehin schon materielle Probleme und persönliche Krisen aufgrund anhaltender Erwerbslosigkeit bewältigen müssen, eine Belastung, der sich Familien aus der Mittelschicht in ganz anderer Weise entziehen können.

## Forderungen der Teilnehmer/innen

- Offensives und explizites Informieren seitens der Sachbearbeiter/innen
- Unabhängige Beschwerdestellen
- Unabhängige Rechtsbegleiter/innen
- Überwachung der ARGE durch übergeordnete Stellen
- Angemessene und kostenlose externe Rechtsberatung
- Zwang der ARGE zum Ausfllen von Empfangsbestätigungen
- Ungehinderte Akteneinsicht
- Dokumente in verschiedenen Sprachen und Dolmetscher/innen
- Mehr Selbstbestimmung und Eröffnen von Perspektiven
- Bessere Förderung von Erwerbschancen: sinnvollere Fortbildungen, keine dubiosen Arbeitsangebote oder prekäre Beschäftigung
- Keine Strafen und Sanktionen
- Kein Zwang zu 1Jobs
- Keine Vernichtung von Arbeitsplätzen durch 1Jobs
- Bessere Betreuung und Beratung jugendlicher Leistungsbezieher/innen
- Berücksichtigung der familiären Situation, Recht auf eigene Wohnung für junge Erwachsene

## Thema: Hamburg – soziale Stadt?

„Ich komme hier nicht weg,  
die Fahrkarte ist zu teuer“

Das schwierige Leben am Rande der Armut und die Probleme mit der ARGE bewirken, dass die Teilnehmer/innen auf alternative Hilfeangebote und Institutionen angewiesen sind, die zusätzlich beraten, Austausch ermöglichen, Freizeitangebote für Kinder zur Verfügung stellen oder auch durch Geldmittel oder andere Güter Notfallhilfe leisten, wenn die eigenen Ressourcen - gerade auch im Falle von Leistungskürzungen - nicht mehr zum Leben ausreichen.

Auch wenn viele Hamburger/innen sich in ihrem Alltag oft nur in einem begrenzten Ausschnitt ihrer Stadt aufhalten, bleibt diese für sie prinzipiell als Großstadt erfahrbar. Für die Teilnehmer/innen der Werkstattgespräche gilt dies nicht. Gerade wenn sie nicht zentral wohnen, fühlen sie sich „von der Außenwelt ausgeschlossen“, denn die Großstadt Hamburg schrumpft für sie auf ihr unmittelbar räumliches Umfeld zusammen. Durch die Preise des HVV sehen sie sich von der Normalität eines mobilen Lebens ausgegrenzt: Neben dem Besuch von Theatern und Museen geht es gerade um scheinbar ‚unbedeutende‘ Unternehmungen: Eine Fahrt zum Flughafen oder Hauptbahnhof, ein Bummeln über die Mönckebergstraße oder auch ein Spaziergang an Elbe oder Alster. Ließe sich hier ein ‚freier Zugang für alle‘ vermuten, da die Aktivitäten für sich genommen kostenlos

**„SCHULE,  
NACHBARSCHAFT,  
DAS WAR IMMER.  
DAS FUNKTIONIERT HIER  
NOCH ZUM GROSSEN  
GANZ TOLL.  
ALSO WENN WIR HIER NICHT GESPRÄCHE  
FÜHREN WÜRDEN,  
DANN WÄRE DAS...  
AUCH INFORMATIONEN, WENN WIR DIE  
HIER NICHT KRIEGEN WÜRDEN, WÜRDEN WIR  
DIE GAR NICHT KRIEGEN.  
MAN BRAUCHT NUR ZU FRAGEN.  
EINER WEISS IMMER WAS.“**

*„Ich dachte, ich wäre eine gebildete Person. Nachdem ich die Formulare ausfüllen musste... Da kam hier die Kirche zur Rettung... Ich dachte, was sind denn das hier für Fragen? Ich komme ja aus dem medizinischen Bereich. Ich dachte immer, ich bin der deutschen Sprache ja mächtig, aber das war da absolut nicht der Fall. Und Gott sei Dank, hier wurde mir geholfen.“  
(Alleinerziehende Teilnehmerin im aufstockenden ALG I-Bezug, 34 Jahre)*

Allerdings sind die Teilnehmer/innen bei der Nutzung solcher Angebote in Hamburg stark in ihren Wahlmöglichkeiten eingeschränkt, da sie die Kosten für die nötige Mobilität kaum oder nur selten aufbringen können.

sind, rücken sie für viele der Teilnehmer/innen aufgrund der Mobilitätskosten in große Ferne. Sie bekommen eher den Charakter eines Kurzurlaubs oder größeren Familienausflugs, für den erst länger gespart werden muss. Durch diese starken räumlichen Beschränkungen kommt den jeweiligen Stadtteilen eine große Bedeutung zu, denn die Teilnehmer/innen sind in gewisser Weise auf ihn als Lebensumfeld zurückgeworfen. Insofern ist es entscheidend, ob der eigene Stadtteil als eher hilfreich oder zusätzlich beschränkend wahrgenommen wird.

„Wir leben hier wie in einem Dorf“

In den Werkstattgesprächen zeigt sich ein differenziertes Bild bei der Wahrnehmung der eigenen Stadtteile. Einerseits erscheinen innenstadtnahe Stadtteile als förderlich aufgrund verschiedener vorhandener Anlaufstellen und der räumlichen Nähe zu zentralen Plätzen, die trotz Armut eine gewisse Verbindung zum ‚normalen Leben der Stadt‘ ermöglichen. Allerdings relativiert sich der Vorteil der zentralen Lage dadurch, dass dort immer mehr politische Initiativen von Erwerbslosen ‚zusammengestrichen‘ werden und so Räume für Interessenartikulation und Informationsaustausch fehlen. Zudem steht der Vielfalt

an Einrichtungen wie Tafeln oder Kleiderkammern teilweise ein Mangel in deren Angebotsstruktur und der Warenqualität gegenüber. Die meisten Teilnehmer/innen aus den innenstadtnahen Stadtteilen möchten dennoch ihr Umfeld nicht verlassen. Vielmehr befürchten sie, durch den ‚Aufstieg‘ ihrer Stadtteile im Falle eines Wohnungsverlustes - beispielsweise durch Zwang seitens der ARGE in Folge weiterer Mieterhöhungen - dort keinen bezahlbaren Wohnraum mehr zu finden und an den ‚Rand Hamburgs‘ ziehen zu müssen. Doch auch Stadtteile mit

Drogensucht, hoher Kriminalität und permanenter Polizeipräsenz im eigenen Viertel. Das Lebensumfeld wird zu einem „toten Stadtteil“.

*„Wenn's kein KIFAZ [Kinder- und Familienhilfezentrum] geben würde, würd's kein soziales Leben mehr geben.“*

*(Alleinerziehende Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 30 Jahre)*



Ein weiterer Aspekt, der die Sicht auf das Leben im eigenen Stadtteil beeinflusst, ist die wahrgenommene Qualität der jeweiligen ARGE. Die Ausübung von Willkür sowie die Anteile von freundlicher Behandlung und diskriminierender Abwertung variieren nicht nur unter den Fachkräften, sondern auch zwischen den Institutionen, so dass die Teilnehmer/innen zwischen ‚guten und schlechten‘ ARGEn unterscheiden. Ein Wechsel der ARGE in Folge eines Umzugs kann insofern eine enorme Erleichterung und eine Art Neustart bedeuten. Zurückzuführen

einem ‚schlechten Ruf‘ in der Öffentlichkeit können aufgrund der Angebotsstruktur vor Ort und der wichtigen und entlastenden Möglichkeit, sich mit anderen vergemeinschaften zu können, als positiv wahrgenommen werden. So wird der eigene Stadtteil in einem Werkstattgespräch als „Insel in Hamburg“ bezeichnet, denn dort finden die Teilnehmer/innen eine breite und vielseitige Angebotsstruktur mit etablierten Anlaufstellen sowie Solidarität und Zusammenhalt, die über lange Zeiträume gewachsen sind und den Alltag trotz bedrückender Sorgen erträglich(er) machen.

*„Schule, Nachbarschaft. Das war immer. Das funktioniert hier noch zum großen Teil. Ganz toll. Also wenn wir hier nicht Gespräche führen würden, dann wäre das... Auch Informationen, wenn wir die hier nicht kriegen würden, würden wir die gar nicht kriegen. Man braucht nur zu fragen. Einer weiß immer was.“ (Teilnehmerin mit niedriger Rente, 62 Jahre)*

Fehlen jedoch Angebote und Zusammenhalt im Stadtteil, so verstärkt sich bei den Teilnehmer/innen der Eindruck von Perspektivlosigkeit, gerade bei sichtbarer Alkohol- und

sind diese Unterschiede der ARGEn vermutlich auf verschiedenen hohen Belastungen der Mitarbeiter/innen und auf interne Vorgaben, die die jeweilige Gestaltung des Verhältnisses zu den Klient/innen mitbestimmen.

Insgesamt zeigen sich verschiedene Facetten einer räumlich bedingten Ungleichheit, die die Lebenssituation der Teilnehmer/innen wesentlich beeinflussen. Allerdings wird auch deutlich, dass vermeintlich identische Angebote nicht unbedingt eine einheitliche Hilfsstruktur haben: Während einige Tafeln den zusätzlichen Kauf preiswerter Lebensmittel anbieten, ermöglichen andere lediglich einen vergünstigten Mittagstisch. Nicht zuletzt wegen zeitweiligen ‚Überlaufenseins‘ von Tafeln mit Wartelisten müssen einige Teilnehmer/innen lange Fahrtwege auf sich nehmen, die anderen erspart bleiben. Ob Hilfsstrukturen in Anspruch genommen werden, hängt aber auch davon ab, was die Teilnehmer/innen als unhintergehbaren Rest an Würde definieren. Gerade mit Blick auf die Tafeln besteht eine deutlich spürbare Ambivalenz, da befürchtet wird, dass diese einer

Legitimation der geringen Regelsätze dienen könnten. Hinzu kommen weitere Punkte: Scham, sich als Hilfebedürftige/r in der Öffentlichkeit zu zeigen, oder auch die Abwehr dagegen, das eigene Kind erleben zu lassen, dass die Familie „um Nahrung betteln“ muss.

*„Ich hätte nie gedacht, dass ich mal in eine solche Rolle fallen würde, dass ich zur Hamburger Tafel gehen soll. Hamburger Tafel: Da war ich eher bereit, selbst zu spenden, als dass ich jetzt diese Spende selbst empfangen müsste. Und das war sehr hart, persönlich war das hart.“  
(Alleinerziehende Teilnehmerin im aufstockenden ALG I-Bezug, 34 Jahre)*

### „Keine Spaltung der Stadt“

Die Teilnehmer/innen empfinden die Stadt Hamburg als eher unsozial, obwohl sie um die Spendenbereitschaft und die grundsätzliche Vielzahl von Hilfeangeboten wissen. Was ihnen aber fehlt, ist eine übergeordnete Politik der Unterstützung, die es auch Bürger/innen mit geringen finanziellen Mitteln ermöglicht, innerhalb der regulären Strukturen teilzuhaben.

Der fehlende politische Wille hierzu zeigt sich für die Teilnehmer/innen anhand verschiedener Aspekte:

- den HVV-Preisen, die mit den Regelsätzen für Mobilität nicht bewältigt werden können;
- den teilweise nur geringen und insgesamt uneinheitlichen Ermäßigungen in kulturellen Einrichtungen wie Theatern, Museen oder der Staatsoper. Diese machen es erforderlich, sich erst in einem ‚unübersichtlichen Dickicht‘ verschiedener Regelungen zurechtzufinden und lassen so Versuche, am kulturellen Leben teilzuhaben, zu einer mehrfachen Belastungs- und Bewährungsprobe werden. Hinzu kommt, dass Erwerbslose als Besucher/innen keineswegs immer erwünscht sind, sondern durchaus auch eine diskriminierende Ablehnung erfahren können, die beispielsweise in der Anzweiflung der Bedürftigkeit beim Kartenkauf deutlich wird;
- die hohen Preise für Erlebnisbäder und Sportvereine, die den Ausschluss der eigenen Kinder von solchen Aktivitäten bedeuten, zumal günstigere öffentliche Angebote zunehmend der städtischen Kürzungspolitik zum Opfer fallen.

Dass strukturelle Probleme zu Lasten ärmerer Bevölkerungsteile in Kauf genommen bzw. weiter forciert werden, zeigt sich für die Teilnehmer/innen gerade angesichts der räumlichen Spaltung der Stadt. Unsozial ist Hamburg für sie auch, weil Prestigebauten wie die Elbphilharmonie durchgesetzt werden, bei der zunehmenden Gentrifizierung hingegen kein politisches Engagement erkennbar ist, diesen Prozess wirklich aufzuhalten. Gerade von dieser Entwicklung sehen sich die Teilnehmer/innen selbst besonders betroffen. Durch die steigenden Mieten in

einst bezahlbaren Stadtteilen könnten sie bald zu einem Umzug gezwungen sein, und die Praxis vieler Hamburger Vermieter/innen, an ALG II-Bezieher/innen keine Wohnungen zu vergeben, erhöht die Gefahr, in einen besonders ‚schlechten‘ Stadtteil ziehen zu müssen.

„Da wird gleich gesagt: ‚Hartz IV-er nehmen wir nicht.‘ Als wenn wir der letzte Abschaum wären. Da denke ich dann: Die können auch mal runter rutschen. Die sitzen jetzt auf ihrem hohen Ross, doch die können auch ganz schnell mal runter rutschen. Das geht ganz schnell. Wir wollten das auch nicht. Wir haben nicht hier geschrien, wir wollen in Hartz IV rein.“  
(Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 60 Jahre)

**„DA WIRD GLEICH GESAGT: HARTZ IV-ER NEHMEN WIR NICHT. ALS WENN WIR DER LETZTE ABSCHAUM WÄREN. DA DENKE ICH DANN: DIE KÖNNEN AUCH MAL RUNTER RUTSCHEN. DIE SITZEN JETZT AUF IHREM HOHEN ROSS, DOCH DIE KÖNNEN AUCH GANZ SCHNELL MAL RUNTER RUTSCHEN. DAS GEHT GANZ SCHNELL. WIR WOLLTEN DAS AUCH NICHT. WIR HABEN NICHT HIER GESCHRIEEN, WIR WOLLEN IN HARTZ IV REIN.“**

Da nicht wenige schon viele Jahre hier leben, handelt es sich um Beobachtungen und Erfahrungen von Hamburger/innen, die sich in ‚ihrer‘ Stadt zunehmend unwohl, unerwünscht und ausgegrenzt fühlen. Die Teilnehmer/innen haben das Gefühl, in Hamburg gehe es vor allem darum, an der bürgerlichen Fassade der Stadt festzuhalten und sich mit den Angeboten und Projekten an den ‚besser verdienenden‘ Bürger/innen zu orientieren. Indem öffentliche Räume für Erwerbslose zunehmend beschnitten werden, gibt es für sie zudem immer weniger Möglichkeiten, sich über gemeinsame politische Ziele auszutauschen und sich mit ihren Interessen im öffentlichen Raum Gehör zu verschaffen.

**Forderungen der Teilnehmer/innen:**

- Schaffung von öffentlichen, kostenlosen, selbst gestalteten Freiräumen für Austausch, Vergemeinschaftung, Solidarisierung, Aktionen und Selbsthilfe
- Ausbau des Angebots an sozial betreuten Räumen und an Beratung und Begleitung statt Einsparungen bei sozialen Einrichtungen in Hamburg
- Bessere Vergünstigungen bei Mobilität: stark ermäßigte, wenn nicht kostenfreie HVV-Tickets ohne zeitliche Beschränkungen
- Wirkliche Ermäßigungen in kulturellen Einrichtungen oder die Einführung eines Sozialpasses bzw. eines Kulturtickets
- Mehr Einheitlichkeit bei Ermäßigungen in Bezug auf die Preise und die Zielgruppen
- Bezahlbare Angebote im Bereich Sport und Bildung
- Erhalt von Einrichtungen wie Stadtteilbibliotheken oder Hallenbäder
- Freier Eintritt in städtischen Einrichtungen
- Gerechte Wohnungssuche ermöglichen und bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten und Anerkennung des neuen Mietspiegels

**Thema:****Das gesellschaftliche Klima**

„Wir sind kein Abschaum, wir sind ganz normale Menschen wie andere auch“

Über den mehrheitlich eher negativen Blick auf Hamburg hinaus sind sich die Teilnehmer/innen einig darüber, dass insgesamt ein gesellschaftliches Klima der Entsolidarisierung vorherrscht, welches sich in den letzten Jahren verstärkt hat. Dabei sind erwerbslose ALG II-Bezieher/innen von einer besonderen Ausgrenzung betroffen und können am wenigsten Solidarität in der Öffentlichkeit erwarten. In den Werkstattgesprächen wird deutlich, dass sich das Gefühl der Ohnmacht durch die politischen und medialen Diskussionen weiter verstärkt. Eben nicht nur, weil Erwerblose dort kaum mit ihrer Meinung einbezogen werden, sondern gerade, weil Schuldzuweisungen und negative Stereotype ‚rund um Faulheit und Verschwendung‘ kursieren. Die Teilnehmer/innen sind im Grunde ständig gemeint, können sich aber gegen die Bilder nicht zur Wehr setzen. Nicht zuletzt deshalb sahen sie die Werkstattgespräche als wichtige Chance, endlich Gehör zu finden und ihre Sicht einbringen zu können.

*„Dass das mehr in die Öffentlichkeit getragen wird, wie die Situation tatsächlich ist.“ (Teilnehmer im ALG II-Bezug, 57 Jahre)*

„WIR MÜSSEN DEN **GÜRTEL**  
NOCH ENGER MACHEN. UND  
**DAS SCHLIMMSTE IST**  
**NOCH NICHT ERREICHT.**  
DA KOMMT NOCH **EINIGES**  
AUF UNS ZU.

WIR MÜSSEN DEN **GÜRTEL**  
IMMER ENGER SCHNALLEN,  
BIS ES NICHT MEHR GEHT.

DER EINE MINISTER HAT DOCH  
GESAGT, WIR SOLLEN **BROT** UND  
**WASSER BEKOMMEN.“**

Äußerungen wie von Sarrazin oder Westerwelle über „spätbürgerliche Dekadenz“ werden zwar in den Gesprächen ironisiert und ad absurdum geführt, aber es zeigt sich, dass diese abwertenden Diskurse ihre Wirkung nicht verfehlen.

*„Was der Westerwelle da vom Stapel gelassen hat, [...] jeder einzelne Arbeitslose ist damit beleidigt geworden.“ (Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 63 Jahre)*

Die Teilnehmer/innen fühlen sich durch solche Äußerungen persönlich verletzt, und es wächst bei ihnen die Befürchtung, die Politik könne sich zukünftig noch mehr gegen sie wenden.

Armut leben zu lassen, führe letztlich zum Erfolg. Hinzu kommt, dass es für Erwerbslose insgesamt keine Lobby oder Interessenvertretung gibt. Gerade weil weder eine Partei noch die Gewerkschaften wirklich ihre Interessen vertreten, ist bei den Teilnehmer/innen der Eindruck vorherrschend, mit den eigenen Problemen mehr oder weniger ‚alleine‘ zu stehen.

Verstärkte Konkurrenz- oder Entsolidarisierungserfahrungen erleben die Teilnehmer/innen allerdings nicht nur auf der abstrakteren politischen Ebene, sondern auch in ihrem sozialen Nahfeld aus Familie und Freunden sowie im Kontext

„ALSO ICH HAB MEHR MITLEID  
MIT MEINER FREUNDIN  
IN BAYERN,  
ALS MIT MIR SELBER MITTLERWEILE,  
DIE HAT EINEN FESTEN ARBEITSPLATZ  
ALLEINERZIEHEND,  
UND SICH  
ALLES MÖGLICHE  
VON IHREM CHEF SAGEN LÄSST UND DAS ALLES ERTRÄGT,  
NUR UM DIESEN ARBEITSPLATZ ZU BEHALTEN,  
DER AUCH NICHT ENTSPRECHEND ENTLOHNT IST.“<sup>11</sup>

*„Wir müssen den Gürtel noch enger machen. Und das schlimmste ist noch nicht erreicht. Da kommt noch einiges auf uns zu. Wir müssen den Gürtel immer enger schnallen, bis es nicht mehr geht. Der eine Minister hat doch gesagt, wir sollen Brot und Wasser bekommen.“ (Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 60 Jahre)*

Insofern verstärken sich Zukunftsängste und verringert sich die Hoffnung weiter, dass Verbesserungen (wie bspw. eine Erhöhung der Regelsätze) oder gar grundsätzlichere politische Alternativen (wie z.B. ein bedingungsloses Grundeinkommen) eingeführt werden könnten. Letzteres ist aus Sicht der Teilnehmer/innen auch deshalb unwahrscheinlich, weil das Problem der Arbeitslosigkeit gar nicht in seiner wirklichen Tragweite dargestellt wird und ‚geschönte‘ Statistiken den Eindruck vermitteln, der jetzige Kurs, Erwerbslose unter Druck zu setzen und in

ehrenamtlicher oder geförderter Arbeit. Verständnis für ihre schwierige Lebenssituation können sie kaum erwarten: So wird ihnen teilweise sogar von Geschwistern oder langjährigen Freund/innen das Recht abgesprochen, sich über die eigenen Probleme beschweren zu dürfen. Vielmehr wird von diesen angesichts der eigenen Belastung in prekären Beschäftigungsverhältnissen die Frage aufgeworfen, „was an Arbeitslosigkeit so schlimm sein sollte“.

Ist dieser Punkt bereits bedeutsam, da er zeigt, wie schwer ein Rückzug auf ‚solidarisches Terrain‘ werden kann, ist hier fast noch wichtiger, dass die Teilnehmer/innen Probleme dabei haben, diese Außensicht wirklich zurückzuweisen. Gerade weil sie sehen oder unmittelbar miterleben, unter welchen Bedingungen (Überstunden, Wochenendarbeit, Mobbing etc.) die ‚Anderen‘



oft arbeiten müssen und wie wenig sie trotz ihrer Anstrengungen verdienen, empfinden sie ein schlechtes Gewissen, welches sie daran hindert, sich selbst als eindeutig schlechter gestellt zu sehen.

*„Also ich hab mehr Mitleid mit meiner Freundin in Bayern, als mit mir selber mittlerweile. Die hat einen festen Arbeitsplatz [...] alleinerziehend, und sich alles Mögliche von ihrem Chef sagen lässt und das alles erträgt, nur um diesen Arbeitsplatz zu behalten, der auch nicht entsprechend entlohnt ist.“  
(Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 38 Jahre)*

Hier zeigt sich eine Form der Solidarisierung ‚von unten nach oben‘, die durch ihre innere Logik eine Verbündung über die Grenzen von Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit hinaus verhindert. Im Gegenteil: Einige Teilnehmer/innen entwickeln Strategien, um nicht negativ im sozialen Umfeld oder in der Öffentlichkeit aufzufallen, z.B. indem sie ‚Markenzigaretten‘ in anderen Schachteln aufbewahren, damit nicht gesehen wird, dass sie sich diesen Luxus noch ab und zu gönnen. Insofern spielt im Alltag auch die Angst davor eine Rolle, durch das eigene Verhalten Lügen über ‚Hartz IV-Bezieher/innen‘ zu bestätigen oder zu verursachen.

*„Da wird dann gesagt, das sind doch unsere Steuergelder. Ja Mensch klar, wir wollen davon ja nicht leben. Aber wir alle haben auch Steuern bezahlt. Ne? Wir haben auch da rein bezahlt. Es ist das Recht, was einem zusteht. Und das Recht kommt nicht so in Massen, das wir sagen, boh, jetzt brauchen wir gar nicht mehr arbeiten.“ (Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 32 Jahre)*

Konkurrenz und Ausgrenzungsprozesse erleben einige der Teilnehmer/innen auch bei 1€Jobs und ehrenamtlicher Tätigkeit. In den Werkstattgesprächen wird zum einen von Mobbing unter 1€Jobber/innen berichtet. Gerade wenn 1€Jobber/innen ihre Beschäftigung als Bewährungschance auf eine feste Stelle oder Verlängerung des 1€Jobs ansehen, scheint die Solidarität untereinander hinter ein Konkurrenzverhalten zurückzutreten, das dem von regulär Beschäftigten ähnelt. Zum anderen wird von Ausgrenzungsprozessen seitens ‚besser gestellter‘ ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen gegenüber 1€Jobber/innen berichtet. Gerade der letzte Punkt spiegelt deutlich die gesellschaftliche Tendenz zur Entsolidarisierung wider: Personen aus gesicherten Verhältnissen (überspitzt werden sie von den Teilnehmer/innen als „Gattinnen aus Blankenese“ bezeichnet) agieren ausgrenzend gegenüber Erwerbslosen, die sich den 1€Job nicht unbedingt aussuchen konnten.

*„Und das hat mich auch mitgenommen, das nimmt einen psychisch so mit und da hab ich auch gesagt, da gehör ich nicht rein bei diese Leute, also die sind von der hohen Gesellschaft da oben und ich bin ganz unten.“  
(Teilnehmerin im ALG II-Bezug, 50 Jahre)*

## Forderungen der Teilnehmer/innen:

- Skandalisierung des realen Alltags mit ALG II in den Medien statt Förderung von Vorurteilen in der Bevölkerung durch Falschdarstellungen
- Verwendung der offiziellen Wortwahl ALG II-Beziehende anstelle von „Hartz IV“
- Ehrliche Arbeitslosenstatistik für Hamburg und Deutschland
- Öffentliche Diskussion um Reichtum und den Vergleich zwischen arm und reich
- Repräsentation von Erwerbslosen in den Medien und Mitgestaltung der Medien durch Betroffene
- Eigener offensiver Umgang mit der Betroffenheit von ALG II durch gemeinsame Aktionen wie Sammelakteneinsicht oder kollektives Gespräche-Aufzeichnen bei der ARGE

## Fazit

„Jeder muss doch leben. Und nicht dafür sanktioniert werden, dass er etwas Geld bekommt und keine Arbeit.“

„DA WIRD DANN GESAGT,  
DAS SIND DOCH UNSERE **STEUER-  
GELDER.**  
**JA MENSCH KLAR,**  
**WIR WOLLEN DAVON JA NICHT LEBEN.**  
**ABER WIR ALLE HABEN AUCH STEUERN BEZAHLT. NE?**  
**WIR HABEN AUCH DA REIN BEZAHLT.**  
**ES IST DAS RECHT, WAS EINEM ZUSTEHT.**  
**UND DAS RECHT KOMMT NICHT SO IN MASSEN,**  
**DAS WIR SAGEN, BOH, JETZT BRAUCHEN**  
**WIR GAR NICHT MEHR ARBEITEN.“**

Die Teilnehmer/innen der Werkstattgespräche vermitteln uns prägnante Einblicke in ein Leben am Rande der Armut in Hamburg. Sie zeigen eindrücklich, wie weit sich ein Großteil des politischen und medialen Diskurses von der Lebensrealität sog. Leistungsbezieher/innen entfernt hat. Bei all ihren Bemühungen und eindrucksvollen Strategien, mit sehr wenig Geld auszukommen und aus der Situation ‚das Beste‘ für sich und ihre Kinder zu machen, werden ihnen von außen so enge Grenzen gesetzt, dass eine Teilhabe an einem ‚normalen‘ Leben für sie im Grunde unmöglich wird. Die geringe Höhe der monatlichen Grundsicherungsbezüge ist eine ganz wesentliche Grenze und hier besteht großer Handlungsbedarf. Allerdings hat die Bundesregierung erst kürzlich wieder die fehlende politische Bereitschaft, den ALG II-Regelsatz anzuhängen, unter Beweis gestellt. Stattdessen werden ALG II-Bezieher/innen im Rahmen der Haushaltskürzungen das Elterngeld und der Rentenversicherungsbeitrag gestrichen. Hier gilt es, weiter für eine Erhöhung der Regelsätze einzutreten.

Die Werkstattgespräche zeigen aber auch, dass das räumliche Umfeld – in diesem Fall die Stadt Hamburg – wesentlich mit darüber entscheidet, ob Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe trotz der geringen Regelsätze vorhanden sind. Die Dis-

kussion über Armut kann und sollte insofern nicht ‚einfach‘ an die übergeordnete politische Ebene delegiert werden, da auch vor Ort Potentiale vorhanden sind, mit denen sich die Lebensbedingungen von Leistungsbezieher/innen verbessern lassen. In Hamburg besteht großer Handlungsbedarf in Bezug auf Mobilität, Sport, Kultur und Bildungsangebote. Es bedarf dringend einer ‚wirklichen‘ Politik der Unterstützung, um Hamburg zu einer sozialeren Stadt werden zu lassen und die fortschreitende Spaltung aufzuhalten.

Die Teilnehmer/innen der Werkstattgespräche machen darüber hinaus sehr deutlich, dass sich das Leben mit Transferleistungen nicht auf den Aspekt der Armut und fehlenden Teilhabe reduzieren lässt. Gerade die negativen Erfahrungen mit Behörden – insbesondere der Arbeitsverwaltung – sind es, die die Krise, erwerbslos zu sein, immens verstärken. Viele der Teilnehmer/innen fordern die Abkehr von der Aktivierungslogik und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Und auch hier wäre es zu einfach,

allein darauf hinzuweisen, dass über die grundsätzliche Logik des ‚Förderns und Forderns‘ auf Bundesebene und nicht in Hamburg entschieden wird. Die Teilnehmer/innen kritisieren mit der Rechtsunsicherheit ‚vor Ort‘ ja gerade einen Aspekt, der sich weniger auf den Inhalt der Gesetze als auf das ‚Wie‘ der Durchsetzung in den ARGEn/JobCentern bezieht. Insofern bestehen auch hier konkrete Optionen der Verbesserung: Es bedarf umfangreicher unabhängiger Rechtsberatungsangebote, um Erwerbslose ‚ganzheitlicher‘ in die Lage zu versetzen, von ihren Rechten Gebrauch zu machen und sich wieder konkreter als Personen mit Bürgerrechten und als Rechtssubjekte fühlen zu können als dies aktuell in Hamburg der Fall ist.

## Autorinnen

**Kathrin Englert**, M.A. Gender und Arbeit, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Forschungsprojekt *„Die Bedeutung des Internets für gesellschaftliche Teilhabe am Beispiel alltäglicher Praxen Erwerbsloser“* am Arbeitsbereich Arbeit-Gender-Technik an der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Seit 2010 arbeitet sie zudem im DFG-Forschungsprojekt *„L'état c'était moi? Transformation von Staatlichkeit und ihre Folgen für Deutungsmuster, Habitusformationen und berufliches Selbstverständnis“* an der Universität Siegen. Von 2008-2009 war sie Mitglied der Forschergruppe im Forschungsprojekt *„Transformation der Arbeitswelt“*, einem Kooperationsprojekt zwischen der Universität St. Gallen und dem Hamburger Institut für Sozialforschung.

Ihre Arbeitsschwerpunkte: Feministische Arbeitssoziologie, Erwerbslosenforschung, Ungleichheitsforschung, feministische Wohlfahrtsstaatsforschung, Feministische Techniksoziologie.

**Kontakt:** [kathrin\\_englert@yahoo.de](mailto:kathrin_englert@yahoo.de)

**Natalie Grimm**, Diplom Sozialwirtin, ist seit 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hamburger Institut für Sozialforschung im Arbeitsbereich *„Die Gesellschaft der Bundesrepublik“*. Zur Zeit arbeitet sie in einem Langzeit-Forschungsprojekt *„Prekarierte Erwerbsbiographien oder: Sozialer Abstieg durch Arbeitsmarktpolitik?“* und promoviert zu diesem Thema. Von 2004 bis 2006 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) an der Georg-August Universität Göttingen.

Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Arbeitsmarktforschung, atypische Beschäftigung, prekäre Erwerbsbiographien, SGB II-Forschung, soziologische Biographieforschung, Ungleichheitsforschung.

**Kontakt:** [Natalie.Grimm@his-online.de](mailto:Natalie.Grimm@his-online.de)

**Ariadne Sondermann**, Soziologin/M.A., ist seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Siegen (Fachbereich 1/Soziologie). Von 2005 bis 2008 hat sie in einem qualitativen Forschungsprojekt zu den Arbeitsmarktreformen und ihren Folgen für Vermittlungsfachkräfte und erwerbslose Klient/innen gearbeitet. Zur Zeit promoviert sie zum Thema *„Die gefährdete Bedeutung von Erwerbsarbeit“ (Erwerbslose im Spannungsfeld zwischen eigenen Ansprüchen an Arbeit und dem ‚Fördern und Fordern‘ der Arbeitsverwaltung)*. Seit Oktober 2010 arbeitet sie im Forschungsprojekt *„L'état c'était moi? Transformation von Staatlichkeit und ihre Folgen für Deutungsmuster, Habitusformationen und berufliches Selbstverständnis“* an der Universität Siegen.

Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Arbeitsmarktpolitik, Sozialstaatswandel/Wandel von Staatlichkeit, soziale Ungleichheit und Erwerbslosigkeit, Bedeutung und Wandel von Erwerbsarbeit, Deutungsmustern und Habitusformationen.

**Kontakt:** [sondermann@soziologie.uni-siegen.de](mailto:sondermann@soziologie.uni-siegen.de)

## Impressum

### Herausgeber:

Diakonisches Werk Hamburg  
Fachbereich Migration  
und Existenzsicherung  
Königstraße 54  
22767 Hamburg

### Gestaltung:

Jenny Poßin

### Druck:

Druckerei Zollenspieker,  
Hamburg

### Bestellungen und Kontakt:

Diakonisches Werk Hamburg  
Referat Arbeitslosigkeit  
und Existenzsicherung  
Wolfgang Völker  
Königstraße 54  
22767 Hamburg  
Tel. 040 – 306 20 325  
Fax: 040 – 306 20 340  
[voelker@diakonie-hamburg.de](mailto:voelker@diakonie-hamburg.de)

### Erscheinungsdatum:

**Dezember 2010**

Betroffene zeigen ihre Sicht:  
5 Kurzvideos auf

[www.youtube.com/user/DiakonieHH](http://www.youtube.com/user/DiakonieHH)

Das Projekt wurde gefördert von:

- **Diakonisches Werk Hamburg**
- **Hamburger Institut  
für Sozialforschung**
- **Ev. Akademie Nordelbien**
- **Stiftung Menschenwürde  
und Arbeitswelt**

**Diakonisches Werk Hamburg**

Fachbereich Migration und  
Existenzsicherung  
Königstraße 54  
22767 Hamburg

[www.diakonie-hamburg.de](http://www.diakonie-hamburg.de)